

Abg. Josef Dötsch, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

„Digitale Revolution“, „Digitalisierung“, „Datenschutz“, „Mobilfunk“, „Bandbreiten“ – alles Begriffe, die in keiner gesellschaftspolitischen oder auch wirtschaftspolitischen Rede in dieser Zeit fehlen. Es sind Begriffe, die unser Leben in Gesellschaft, Bildung, Wirtschaft und Familie bestimmen. Überall in unserem Leben begegnen wir mittlerweile dieser Technologie. Ob in der Freizeit oder im Berufsleben, wir müssen uns mit ihr auseinandersetzen.

Viele Betriebe gerade im Mittelstand verstehen es, dies innovativ und erfolgreich als Geschäftsmodell einzusetzen. Ganze Branchen und insbesondere Start-ups widmen sich dem digitalen Segment. Unsere Aufgabe als Politiker ist es, die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen, damit die Menschen und Unternehmen in unserem Bundesland die vorhandenen Technologien erfolgreich einsetzen können. Weder den Menschen im Land noch den Unternehmen hilft rein die ausgefeilte Rhetorik der Landesregierung, wenn nicht eine Strategie für das digitale Leben und ein konkretes Vorhaben darin beinhaltet ist. Hier fordern wir die Landesregierung auf, mehr konkrete und zukunftsgerechte Maßnahmen auf den Weg zu bringen.

Die Beantwortung der Großen Anfrage macht deutlich, dass es leider noch zu viele Lücken in der digitalen Infrastruktur von Rheinland-Pfalz zu schließen gilt. Hierüber haben wir schon öfter gesprochen. Die Position der CDU hierzu kennen Sie.

Enttäuschend, ja erschreckend finde ich es, dass die Landesregierung zu der Anzahl der Start-ups und deren Verteilung in Rheinland-Pfalz leider keine Angaben hat. Irritierend finde ich, dass es auch keine Angaben zu Zukunftstechnologien der Digitalisierung gibt. Dies haben wir noch jüngst im eben zitierten Israel anders und besser erlebt. Dies gilt auch für die Vergabe von Wagniskapital für Startups. Die Landesregierung schreibt in der Beantwortung der Großen Anfrage, dass sie Informationen und Anregungen über neue und innovative Ansätze auf Auslandsreisen erhalten möchte. Wir sind gespannt, Herr Wirtschaftsminister, und voller Erwartung, dass Sie diese Erfahrung, die Sie vielleicht selbst in Israel gemacht haben, künftig mit einbringen werden.

E-GE-Government, Digitalisierung der Verwaltung bedeutet, dass die vorhandenen Programme miteinander kompatibel und Bedieneroberflächen leicht handhabbar sein müssen. Die Akzeptanz der Menschen für diese Art der Kommunikation wird man nicht erreichen, wenn jede Behörde ihre eigene Oberfläche erarbeitet und die gleichen Daten in verschieden gestalteten Formulare auf verschiedene Art

und Weise immer wieder eingegeben werden müssen. Dies gilt gerade auch für die Unternehmen im Mittelstand, die auf verschiedenste Art und Weise immer wieder ihre Betriebsdaten an verschiedenen Stellen, ob beim Finanzamt oder bei den Berufsgenossenschaften usw., weitergeben müssen.

Ich glaube, man ist besonders in den Ländern erfolgreich,

in denen es gelingt, Datenschutzverknüpfungen auch für den Datenschutz vertretbar durchzuführen. In dem Bereich brauchen wir dringend auf Bundesebene – ich betone dies ausdrücklich – ein modernes Datenschutzrecht unter Wahrung der digitalen Bürgerrechte. Wir brauchen den Ausgleich zwischen wirtschaftlichen Zwecken, staatlichen Sicherheitsinteressen und den berechtigten Datenschutzinteressen der Bürger.

Es hilft nicht, wenn die Daten zwar vom Bürger in digitalisierter Form am PC eingegeben und übersendet werden, aber die eingegebenen Daten anschließend nicht im Hintergrund digitalisiert weiterverarbeitet werden können. Hier ist ein durchgängiges System der Digitalisierung erforderlich. In dem Punkt wartet auch auf Rheinland-Pfalz noch ein gutes Stück Arbeit.

Wie weit und ob und ab wann dies in den Behörden in Rheinland-Pfalz schon umgesetzt ist oder umgesetzt wird, geht leider aus der Antwort zur Großen Anfrage nicht hervor. Bei der digitalen Verwaltung bleiben Sie auch insgesamt sehr vage und allgemein. Konkrete Ziele sind der Antwort nicht zu entnehmen. Dies gilt auch für den Datenaustausch mit den Kommunen. Insbesondere gilt dies auch für die Antwort auf die berechnete Frage, welche Ziele mit 500 Millionen Euro für die „Strategie für das digitale Leben“ verfolgt werden. Hier wird eine halbe Milliarde Euro mit der Gießkanne auf die verschiedenen Ressorts unter dem Deckmantel der Digitalisierung verteilt. Mit diesem Geld könnte man unserer Auffassung nach kraftvoll in eine Schlüsseltechnologie investieren.

Zu Recht werden in der Antwort der Landesregierung die positiven Arbeiten der verschiedenen Einrichtungen wie zum Beispiel die gute Arbeit des Fraunhofer-Instituts aufgezeigt

Mir erschließt sich aber bis heute nicht, warum der Vorschlag der CDU, an der TU Kaiserslautern einen Schwerpunkt zur Gestaltung ganzer Regionen zur Smart City voranzutreiben, seitens der Koalition in den Haushaltsberatungen abgelehnt wurde.

Wenn man wirklich in der Spitze mitspielen will, muss man immer nach höheren Zielen streben. Offensichtlich ist der Landesregierung hier das Mittelmaß ausreichend. Aus Sicht der CDU muss sich die Wirtschaftspolitik in Rheinland-Pfalz höhere Ziele setzen.

Dann wird es insbesondere darauf ankommen, dass die

Arbeitskräfte, die in den Arbeitsmarkt kommen, zeitgemäß ausgebildet sind. Dies bedeutet, dass schon heute Schülerinnen und Schüler in den verschiedenen Schulen intensiv auf diese Zeit vorbereitet werden und Bildung immer im Zusammenhang mit Digitalisierung, mit den Möglichkeiten der modernen Technologie, durchgeführt wird.

Ich begrüße ausdrücklich, dass der Digitalpakt jetzt wohl auf einem guten Weg ist und man in Berlin einen Kompromiss gefunden hat. Ich finde, die Lösung ist eine gute Lösung, insbesondere weil damit den Erfordernissen des Föderalismus Rechnung getragen wird. Ich glaube, das ist ein wichtiges Gut, das wir für die Zukunft in unserem Land halten müssen.

Nun zeigt die Große Anfrage viele Punkte, über die wir jetzt sehr leidenschaftlich und ausführlich diskutieren können. Verschiedene Punkte haben wir schon mehrfach diskutiert, aber dies überfordert natürlich den zeitlichen Rahmen, den wir für die Aussprache haben. Es ist jedoch insgesamt festzustellen – damit komme ich zum Schluss –, dass die von der Landesregierung gegebenen Antworten nur wenige neue Erkenntnisse bringen. Es wäre wünschenswert, wenn die Landesregierung an dieser Stelle fortschrittlicher, mutiger und entschlossener vorgehen würde. Es geht immerhin um die Zukunft der Menschen unseres Landes